

## **Antrag**

**der Abgeordneten Hildebrecht Braun (Augsburg), Ernst Burgbacher, Paul K. Friedhoff, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Gudrun Kopp, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Guido Westerwelle, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.**

### **Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Umfang rechtsextremistischer Vorgänge in der Bundesrepublik Deutschland ist in hohem Maße Besorgnis erregend. Sie stellen eine Gefahr für unsere Demokratie dar. Die Annahme, es handele sich um vorübergehende Vorgänge, hat sich nicht bestätigt. Nahezu täglich wird über ausländerfeindliche Übergriffe, antisemitische Äußerungen und Handlungen sowie rechtsextremistische Umtriebe berichtet. Besondere Aufmerksamkeit im Inland und im Ausland haben die jüngsten rechtsextremistischen Aufmärsche rund um bzw. durch das Brandenburger Tor in Berlin hervorgerufen.

Die Taten sind nicht gleichmäßig über die Bundesrepublik Deutschland verteilt. Zwar gilt es dem Eindruck entgegenzutreten, als handele es sich bei rechtsextremistischen Erscheinungsformen um ein Phänomen ausschließlich der neuen Bundesländer. Die neuen Länder sind jedoch regionaler Schwerpunkt rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten und Konzentrationspunkt des Potentials gewaltbereiter Rechtsextremisten. Der Rechtsextremismus in den neuen Ländern ist jünger und in höherem Maße gewalttätig und militant als in den alten Ländern.

Die Ursachen für Rechtsextremismus sind vielfältig und auf Defizite in Ausbildung und Bildung, im Elternhaus, in fehlender Infrastruktur für Jugendliche, im sozialen Umfeld und gelegentlich auch auf Gedankenlosigkeit zurückzuführen.

Die Bundesregierung hat im April 1999 ein „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ angekündigt. In ihm sollen staatliche Stellen in Bund, Ländern und Kommunen sowie Nichtregierungsorganisationen und bürgerschaftliche Initiativen zusammenarbeiten. Konkrete Ergebnisse, geschweige denn Erfolge sind bislang nicht zu verzeichnen.

Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Es bedarf einer umfangreichen und gemeinsamen Anstrengung, um insbesondere den Bürgern auf örtlicher Ebene den Mut und das Selbstvertrauen zurückzugeben, nicht länger die Augen zu verschließen, sondern dem Extremismus wirksam entgegenzutreten. Sie müssen wissen, dass sie mit diesem Problem nicht allein gelassen werden.

I. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- Unverzüglich konkrete Schritte zur Umsetzung des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ unter Beteiligung insbesondere der Freiwilligen-Organisationen mit ihrem breiten Angebot an Jugendarbeit einzuleiten.
- Beginnend mit dem Bundeshaushalt 2001 einen jährlichen Betrag von mindestens 250 Mio. DM für Projekte zur Förderung der kommunalen Jugendarbeit, insbesondere für politische Bildung, soziales Engagement und für kulturelle Arbeit in nichtstaatlichen Organisationen einzusetzen. Als Träger dieser Projekte sollen insbesondere nichtstaatliche Organisationen in den neuen Bundesländern gefördert werden.
- Durch die Bundeszentrale für politische Bildung insbesondere Projekte zur Jugendarbeit in den neuen Bundesländern entwickeln und durchführen zu lassen.
- Sich dafür einzusetzen, dass im Jugendaustausch mit Frankreich und anderen Ländern für die nächsten Jahre verstärkt Jugendliche aus den neuen Bundesländern berücksichtigt werden.

II. Der Deutsche Bundestag erklärt sich selbst bereit und appelliert an private Stiftungseinrichtungen, bei internationalen Austauschprogrammen für mehrere Jahre vorrangig Jugendliche aus den neuen Bundesländern zu berücksichtigen.

III. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Länder:

- Die vom Bund bereitzustellenden Mittel um gemeinsam mindestens 50 Mio. DM jährlich aufzustocken. Die Landesregierung in Brandenburg wird dringend gebeten, die Finanzierung des erfolgreichen Projekts „Bruchbude“ in Milnersdorf sicherzustellen, das an 24 000 DM zu scheitern droht.
- Die von einzelnen Ländern z. B. durch die Bildung von Sondereinheiten ergriffenen polizeilichen (Präventiv-)Maßnahmen auf alle Bundesländer auszudehnen, in denen sich entsprechende rechtsextremistische Jugendgruppen gebildet haben.
- Die einschlägigen Jugendstrafverfahren zu beschleunigen.
- Im Rahmen der Städtepartnerschaften zwischen west- und ostdeutschen Städten Programme für Praktikanten und Volontäre auf allen Ebenen der gewerblichen und beruflichen Ausbildung und Tätigkeit aufzulegen und zu fördern, durch die insbesondere Jugendlichen und Berufsanfängern aus den neuen Bundesländern die Möglichkeit geboten wird, in industriellen und gewerblichen Unternehmen ihrer Wahl zu arbeiten oder an einer ihrer Berufsausbildung entsprechenden Lehrgang teilzunehmen, und zwar jeweils im Wechsel von einem neuen in ein altes Bundesland und umgekehrt.

- IV. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Industrie- und Handelskammern, die Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und die entsprechenden Unternehmensstiftungen, sich an diesen Programmen zu beteiligen.
- V. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Stiftungen der Parteien und verzettelt sie finanziell in die Lage, insbesondere Projekte zur Jugendarbeit in den neuen Ländern zu entwickeln und durchzuführen.

Berlin, den 4. April 2000

**Hildebrecht Braun (Augsburg)**

**Ernst Burgbacher**

**Paul K. Friedhoff**

**Rainer Funke**

**Hans-Michael Goldmann**

**Dr. Karlheinz Guttmacher**

**Klaus Haupt**

**Dr. Helmut Haussmann**

**Ulrich Heinrich**

**Birgit Homburger**

**Dr. Werner Hoyer**

**Gudrun Kopp**

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**

**Dirk Niebel**

**Detlef Parr**

**Cornelia Pieper**

**Dr. Günter Rexrodt**

**Dr. Edzard Schmidt-Jortzig**

**Dr. Irmgard Schwaetzer**

**Dr. Max Stadler**

**Carl-Ludwig Thiele**

**Dr. Dieter Thomae**

**Dr. Guido Westerwelle**

**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

**Begründung**

In den Jahren von 1991 bis Ende 1993 sind bei 4 761 rechtsextremistischen Gewalttaten 26 Menschen getötet und 1 783 Menschen verletzt worden. Mehr als zwei Drittel der Täter waren junge Menschen unter 20 Jahre, 16 der Getöteten waren Ausländer. Auf Asylbewerberunterkünfte und Wohnungen von Ausländern wurden in dieser Zeit 1 281 Anschläge verübt, 209 auf jüdische Einrichtungen, 112 auf jüdische Friedhöfe. Mindestens 13mal wurden KZ-Gedenkstätten geschändet. Die Annahme, es handele sich um vorübergehende Vorgänge, hat sich nicht bestätigt.

Der Verfassungsschutzbericht für 1998 spricht von einem anhaltenden Wiedererstarken rechtsextremistischer Bestrebungen. Der Zuwachs des Personenpotentials fiel 1998 noch deutlicher aus als im Vorjahr und ging 1999 nur leicht zurück. Die Zahl der Mitglieder in rechtsextremistischen Organisationen und

der nichtorganisierten Rechtsextremisten wird mit etwa 51 400 Personen angegeben nach 53 600 im Jahr 1998. Die seit 1996 zu beobachtende Zunahme der Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten hält weiter an. Sie liegt mit 9 000 Personen um fast 10 % höher als 1998. Im Jahr 1999 wurden 10 037 Straftaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischen Hintergrund verübt, davon 746 Gewalttaten. Damit sank die Zahl dieser Straftaten zwar insgesamt um 9,2 %, die der Gewalttaten stieg dagegen um 5,4 %. 60 % der Gewalttaten sind fremdenfeindlich motiviert.

In der Zeit von 1. Januar 1999 bis zum 31. August 1999 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 530 Fälle von Schändungen jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten. Auf das Grab des früheren Vorsitzenden des Jüdischen Zentralrats Heinz Galinski wurden zwei Sprengstoffanschläge verübt. Die Täter wurden nicht ermittelt.

Ausweislich des Verfassungsschutzberichts sind die neuen Bundesländer nach wie vor regionaler Schwerpunkt rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten und Konzentrationspunkt des Potentials gewaltbereiter Rechtsextremisten. Rund 44 % aller Gewalttaten mit erwiesenem oder zu vermutendem rechtsextremistischem Hintergrund wurden 1999 in den ostdeutschen Ländern begangen. Im Durchschnitt wurden dort 2,2 Gewalttaten je 100 000 Einwohner registriert gegenüber 0,7 in den alten Ländern. Zwei Drittel der Gewalttäter gehörten dabei der Altersgruppe der Jugendlichen und Heranwachsenden an.

Mit dem Begriff der „nationalbefreiten Zonen“ haben Rechtsextremisten eine strategische Zielsetzung definiert, die eine kulturelle und politische Dominanz anstrebt, für „Fremde“ und Andersdenkende keinen Raum mehr lässt und letztlich das staatliche Gewaltmonopol aufheben und rechtsfreie Gebiete schaffen soll. Rechtsextremistische Verhaltensweisen und Symbole sind in Bereiche der Jugendkultur eingedrungen und Teil des Alltagsgeschehens geworden. Es existiert eine rechtsextreme Kulturbewegung mit Angeboten fremdenfeindlicher Liedermacher, Techno- und sonstigen Musikbands, von T-Shirts mit Aufnähern mit rechtsextremen Parolen. Im vergangenen Jahr wurden bundesweit 109 Skinhead-Konzerte bekannt, davon 59 in den neuen Ländern. Das mit Abstand größte Konzert fand mit über 2 000 Besuchern in Garitz (Sachsen-Anhalt) statt. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl an den Konzerten nahm gegenüber 1998 zu. Die aggressiven Texte der rechtsextremistischen Skinhead-Musik werden als eine Ursache für die Steigerung der Gewaltbereitschaft angesehen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kommt zu dem Schluss, dass der Rechtsextremismus in den neuen Ländern eine deutlich andere Erscheinungsform als in den westlichen Ländern zeigt. Er ist jünger und in einem weit höherem Maße gewalttätig und militant. Die Skinhead-Szene ist gewalttätiger, zahlenmäßig stärker (über die Hälfte der rechtsextremistischen Skinheads lebt in Ostdeutschland) und infrastrukturell weiter entwickelt als in Westdeutschland. Ein ähnliches Verhältnis zeigt sich auch bei dem neonazistischen Personenpotential.

Zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und seiner Ursachen müssen die polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen verstärkt fortgesetzt werden. Entscheidend für die Bekämpfung der Ursachen sind aber Maßnahmen bei der Jugendarbeit und der Veränderung des sozialen Klimas.